

II-2785 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1405/1

1985-06-13

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Schüssel, Heinzinger
und Kollegen
an die Bundesregierung
betreffend Privatisierung von Betrieben, an denen der
Bund beteiligt ist

Im Vorjahr hat der öffentliche Sektor insgesamt 60 %
des österreichischen Bruttoinlandsproduktes verbraucht.
Damit liegt Österreich zweifellos im Spitzenfeld ver-
gleichbarer Staaten.

Um marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen wieder herzu-
stellen, vorhandene Sparreserven auszuschöpfen,

eine breite Eigentumsstreuung zu erreichen, die inter-
nationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu ver-
bessern und einen Abbau der öffentlichen Verschuldung
zu erreichen, ist eine Erhöhung der privaten Wert-
schöpfung unabdingbar.

Privatisierungsreserven im öffentlichen Sektor sind
in der Leistungsverwaltung und in den Budgets aller
Gebietskörperschaften enthalten. Sie bilden also
auch im Bundeshaushalt, bei den Bundesbeteiligungen
und bei den Industriebeteiligungen der halbstaatlichen
Banken einen sehr großen Posten. Als Beispiele für
reprivatisierbare Betriebe, an denen der Bund beteiligt

-2-

ist, seien das Österreichische Verkehrsbüro und die Wien-Film Ges.m.b.H. erwähnt.

Die ÖVP vertritt seit längerem die Auffassung, daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, ein Reisebüro, das zu einer Reihe von privaten Reisebüros in Konkurrenz steht, zu betreiben. Dies umso mehr als das Verkehrsbüro in früheren Jahren beträchtliche Verluste auswies.

Der echte Verlust (ohne Rücklagenauflösung) betrug im Jahre 1979 44 Mio.Schilling. In den darauf folgenden Jahren entstanden weitere Abgänge. Diese lagen im Jahre 1980 bei 73 Mio.S, im Jahre 1981 bei 63 Mio.S und im Jahre 1982 bei 56 Mio.Schilling. Darüber hinaus erfolgte seit 1978 bereits mehrmals eine Kapitalaufstockung bei diesem Unternehmen.

Auf Grund eines Wechsels im Vorstand sind in letzter Zeit bereits Sanierungsfortschritte im Österreichischen Verkehrsbüro erzielt worden. Insbesondere wurde eine Reihe von Hotels privatisiert. Dasselbe ist offenbar bei den Reisebüro-Außenstellen der Fall, wo es zu einer Teil-Reprivatisierung bzw. zu Kooperationen mit privaten Reisebüros anstelle der eigenverantwortlichen Betreuung von unwirtschaftlichen Außenstellen gekommen ist.

Die Österreichische Volkspartei hat diesbezüglich bereits im Nationalrat einen Antrag eingebracht.

Ein weiteres Beispiel für die Privatisierung von Betrieben, an denen der Bund beteiligt ist, stellt die

-3-

Wien-Film Ges.m.b.H. dar, deren Stammanteile sich zu 100 % im Eigentum der Republik Österreich befinden. Sie macht seit Jahren negative Schlagzeilen in österreichischen Tageszeitungen.

Daß dies nicht zu unrecht der Fall ist, geht aus einer Anfragebeantwortung des Finanzministers vom 6. September 1983 hervor. Danach haben die Wien-Film-Ges.m.b.H. und ihre 100%ige Tochter (Sascha-Film-Ges.m.b.H.) seit 1971 21 Spielfilme produziert, von denen ein einziger ein Pari-Ergebnis erzielte. Die übrigen 20 Spielfilme erbrachten Verluste zwischen 200.000 und 149 Millionen Schilling. Insgesamt betrug die Verluste im letzten Jahrzehnt ca. 205 Millionen Schilling. Im Jahr 1982 lag der Verlust bei 27 Millionen Schilling. Darüber hinaus betrugen die Kapitalzuschüsse der öffentlichen Hand in den letzten 10 Jahren zusammengekommen etwa 350 Mio. Schilling.

Selbst der Finanzminister erklärte am 30.1.1985 im "Kulturjournal" zur Frage Wien-Film, daß man alle Möglichkeiten ausschöpfen müsse, um die Situation der Wien-Film-Ges.m.b.H. zu verbessern. Im parlamentarischen Finanz- und Budgetausschuß hielt er auf Befragen sogar eine Privatisierung für denkbar.

Um eine vollständige Übersicht über jene Betriebe zu bekommen, an denen der Bund beteiligt ist, und die Meinung der gesamten Bundesregierung zu erkunden, wie sie sich zur Privatisierung von Betrieben stellt, an denen der Bund beteiligt ist, richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesregierung folgende

A n f r a g e:

-4-

1. An welchen Betrieben (inklusive deren Tochter- und Enkelbetriebe) ist der Bund derzeit in welchem Umfang beteiligt?
2. Besteht die Absicht, Anteile zu veräußern bzw. zu privatisieren?
3. Wenn dies der Fall ist, bei welchen Betrieben und in welchem Umfang werden wann konkrete Maßnahmen ergriffen?
4. Wenn die Privatisierung abgelehnt wird, was ist die Ursache dafür?
5. Welche Fortschritte sind bei der Neuordnung der Verwaltung im Sinne einer leistungsorientierten Verwaltung seit Amtsantritt dieser Bundesregierung eingetreten?